

Spitalinitiative der SP

Kantonsrat beschliesst Gegenvorschlag

KANTONSRAT Soll der Kanton den Spitälern Schaffhausen Geld für den Kantonsspital-Neubau geben und, wenn ja, wie viel und wann – darüber hat der Kantonsrat am Montag debattiert. Konkret ging es um die Volksinitiative «Kantonsbeitrag an die Kosten der baulichen Erneuerung des Kantonsspitals» aus den Reihen der SP, auch Spitalinitiative genannt.

Konkrete Pläne für ein neues Kantonsspital auf dem Geissberg gibt es schon seit sieben Jahren. Drei CEOs und ebenso viele Spitalratspräsidenten haben sich schon daran abgearbeitet, das Projekt wurde mehrmals redimensioniert und soll nach aktuellem Stand 240 Millionen Franken kosten. Doch auch diese Summe werden die Spitäler nicht stem-



60 Millionen Franken Zustupf? Das Parlament ist skeptisch. Robin Kohler

men können, wie Anfang Juni bekannt wurde (AZ vom 8. Juni 2023).

Dieses Finanzierungsproblem will die Spitalinitiative mit einem Kantonsbeitrag von 60 Millionen Franken lösen. Die Regierung stellte sich ursprünglich auf den Standpunkt, die Initiative sei nicht mit dem Krankenversicherungsgesetz vereinbar und deshalb ungültig, hat diese Meinung aber unterdessen revidiert.

Der Kantonsrat hat die Regierung am Montag mit grosser Mehrheit damit beauftragt, in 18 Monaten einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Darin soll eine alternative Finanzierungsmethode aufgezeigt werden. Sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag werden dann zur Volksabstimmung kommen. **Imi.**

Ein Sonntag voller «Ja»

ABSTIMMUNGEN Zu sämtlichen Vorlagen des vergangenen Abstimmungssonntags gab Schaffhausen sein Ja. Am lautesten war dieses Ja bei der kantonalen und der städtischen Vorlage: Insgesamt 87,2 Prozent der Stimmbewölkerung bewilligten einen Kredit von jährlich einer Million Franken für die Betreuung unheilbar kranker Menschen (Palliative Care). Die Stadt Schaffhausen führt zudem – als letzte Stadt der Schweiz – mit einem Ja-Anteil von 79,1 Prozent Schulleitungen ein.

Bei den nationalen Vorlagen war der Dissens höher, ausser bei der Abstimmung zur OECD-Reform: 75,9 Prozent aller, die an die Urne gingen, gaben ihr Ja dazu (schweizweit liegt der Ja-Anteil mit 78,5 Prozent sogar noch höher). Das Klimaschutzgesetz und das Covid-Gesetz zeigten deutlichere Gräben auf: Der Verlängerung des

Covid-19-Gesetzes stimmten kantonal 59,5 Prozent zu (Schweiz: 61,9 Prozent), wobei die südliche Hälfte des Kantons weitaus höhere Ja-Anteile aufwies als die Randgemeinden. Am höchsten lag er in der Stadt Schaffhausen (61,3 Prozent Ja), am tiefsten in Beggingen (32,7 Prozent Ja), gefolgt von Oberhallau mit 35,9 Prozent.

Noch frapanter waren die Differenzen beim Klimaschutzgesetz – hier wurde es in Schaffhausen sogar recht knapp (52,1 Prozent Ja, schweizweit waren es 59,1 Prozent). «Die Ängste der Bauern», wie die AZ vergangene Woche titelte, schlugen mit voller Wucht zu: In Beggingen beispielsweise sagten nur gerade 25,8 Prozent Ja zum Klimaschutzgesetz. Vergleichsweise hoch war der Ja-Anteil in der Stadt Schaffhausen (60,4 Prozent) sowie in Stetten, Dörflingen und Stein am Rhein. **sam.**

Schaffhauser Trickli?

UNTERNEHMENSSTEUERN Mit der Annahme der OECD-Mindeststeuer am vergangenen Abstimmungssonntag ist klar, dass die Steuerbelastung für alle Unternehmen nicht unter 15 Prozent liegen darf, was aber unter anderem in Schaffhausen heute der Fall ist.

Die Lücke soll, das hat die Stimmbewölkerung nun beschlossen, mit einer neuen Ergänzungssteuer geschlossen werden. Drei Viertel davon dürfen die Kantone behalten, ein Viertel geht an den Bund. Auch wegen dieses kantonsfreundlichen Verteilschlüssels stellten sich die Kantone hinter die Vorlage.

Doch nun gibt es Anzeichen dafür, dass manche Kantone lieber alles behalten möchten – mit Hilfe eines Tricks.

Der *Tagesanzeiger* berichtete noch am Sonntagabend unter Be-

rufung auf «eine gut informierte Person», dass manche Kantone mit dem Gedanken spielen, die neue Ergänzungssteuer auszuhebeln – unter anderem Schaffhausen.

Der Trick würde folgendermassen funktionieren: Schaffhausen erhöht die Unternehmenssteuern selbst auf fast oder genau 15 Prozent. Folglich gäbe es keine Ergänzungssteuer mehr abzuschöpfen – Schaffhausen müsste nichts abgeben.

Die AZ hat bei Finanzdirektorin Cornelia Stamm-Hurter nachgefragt: Gibt es Pläne, die neue Ergänzungssteuer schon wieder auszuhebeln? Doch Stamm-Hurter dementiert nicht, dass es in diese Richtung gehen könnte: Sie gibt gar kein Statement ab und verweist darauf, die Regierung werde bald öffentlich über die kantonale Umsetzung der OECD-Mindeststeuer informieren. **mg.**